



Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach
über die Einschau in die Gebarung

der Marktgemeinde

Lembach im Mühlkreis

Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, im Dezember 2008

Die Bezirkshauptmannschaft Rohrbach hat in der Zeit vom 28.10. bis 25.11.2008 durch drei Prüfer gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Lembach im Mühlkreis vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2005 bis 2007 und der Voranschlag für das Jahr 2008 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	6
Wirtschaftliche Situation	6
Personal.....	6
Öffentliche Einrichtungen.....	7
Außerordentlicher Haushalt	7
Die Gemeinde	8
Wirtschaftliche Situation.....	9
Haushaltsentwicklung	9
Mittelfristiger Finanzplan.....	9
Finanzausstattung	11
Sparkasse Mühlviertel-West; Verschmelzung mit der DIE ERSTE Österreichische Spar-Casse Anteilsverwaltung Sparkasse	12
Regionaler Wirtschaftsverband Donau-Ameisberg	12
Steuerrückstände.....	12
Umlagen.....	13
Fremdfinanzierungen	14
Darlehen.....	14
Kassenkredit	14
Rücklagen	15
Sparkassenrücklage.....	15
Kanalbaurücklage (aus Aufschließungsbeiträgen).....	16
Personal.....	17
Öffentliche Einrichtungen.....	19
Wasserversorgung.....	19
Abwasserbeseitigung	21
Abfallbeseitigung	23
Kindergarten.....	24
Schülerhort.....	25
Schülerausspeisung	26
Musikschule	26
Freibad.....	27
Gemeindevertretung	28
Gemeindeinterne Prüfung	28
Gemeinderat, Gemeindevorstand, Bürgermeister	28
Sitzungsgelder	28
Verfüungsmittel und Repräsentationsausgaben	28
Weitere wesentliche Feststellungen	29

Gebäude Marktplatz 3 und Pfarrgasse 7.....	29
Waldbesitz	29
Feuerwehrwesen.....	29
Förderungen und freiwillige Ausgaben	30
Versicherungen.....	30
Außerordentlicher Haushalt	31
Überblick über den a.o. Haushalt des Finanzjahres 2007	31
Hauptschule Erweiterung und Sanierung	32
Erweiterung Landesmusikschule (Alfons-Dorfner-Halle).....	33
Kanalbau BA 07 und BA 08	33
Errichtung Busterminal	33
Errichtung und Instandhaltung von Gemeindestraßen	33
Schlussbemerkung	34

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Bei der Gebarungseinschau wurden die Rechnungsjahre 2005 bis 2007 unter Einbeziehung des Voranschlages 2008 herangezogen. Die Marktgemeinde Lembach im Mühlkreis konnte in diesem Zeitraum ihren ordentlichen Haushalt jeweils einschließlich der abgewickelten Soll-Überschüsse aus Vorjahren mit einem Überschuss abschließen.

Zur teilweisen Finanzierung ihrer außerordentlichen Vorhaben konnten hohe Eigenmittel (Anteilsbeträge vom o. Haushalt, Rücklagen, Anschlussgebühren) in Höhe von rd. 578.300 Euro aus dem ordentlichen dem außerordentlichen Haushalt zugeführt werden.

Die Marktgemeinde lag mit ihrer Finanzkraft auf Basis 2007 im Vergleich mit allen öö. Gemeinden an 184. Stelle und nahm innerhalb des Bezirkes Rohrbach den 8. Rang ein.

Die gute Finanzsituation der Marktgemeinde ist auf die Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen und auch auf ein im Bezirksvergleich überdurchschnittliches Kommunalsteueraufkommen zurückzuführen.

In den kommenden Jahren wird die Gebarung der Marktgemeinde voraussichtlich von steigenden Umlagenbelastungen beeinflusst werden.

Für die notwendige Hochbehältererrichtung wird auch eine Darlehensneuaufnahme voraussichtlich 2009 und 2010 erforderlich. Die Rückzahlung und Verzinsung dieses Darlehens wird den ordentlichen Gemeindehaushalt zukünftig spürbar belasten.

Die Nettobelastung des Schuldendienstes betrug im Finanzjahr 2006 rd. 135.000 Euro und stieg im Voranschlag 2008 auf rd. 152.900 Euro an (rd. 6,23 % der ordentlichen Jahreseinnahmen).

Der Gesamtschuldenstand betrug am Ende des Jahres 2007 rd. 2.933.000 Euro (inklusive der derzeit nicht belastenden Investitionsdarlehen des Landes von rd. 950.000 Euro).

Positiv beeinflusst wurde die Haushaltssituation der Marktgemeinde in den vergangenen Jahren durch die hohen Erlöse aus der Sparkassenfusion und durch die Einnahmentwicklung bei den Ertragsanteilen.

Der Marktgemeinde kann insgesamt eine sehr sparsame Haushaltsbewirtschaftung bescheinigt werden.

Personal

Die Personalausgaben der Marktgemeinde Lembach i.M. erhöhten sich im Prüfungszeitraum von ca. 438.000 Euro auf ca. 548.000 Euro. Es wurden zwischen 17,58 % und 21,03 % der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes für das Personal der Marktgemeinde ausgegeben, und lagen damit im gesamten Prüfungszeitraum unter dem Bezirksdurchschnitt.

Der Dienstpostenplan ist nicht genehmigungspflichtig. Es sind derzeit 4,5 Personaleinheiten in der Marktgemeinde Lembach i.M. genehmigt. Die Gemeinde Hörbich, mit der eine Verwaltungsgemeinschaft besteht, besetzt derzeit einen Dienstposten.

Die stichprobenweise Überprüfung der Personalakte hat ergeben, dass diese überaus ordentlich und gewissenhaft geführt werden.

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung

Durch den laufenden Betrieb der Wasserversorgung konnten in den letzten drei Jahren durchschnittlich rd. 60.000 Euro Überschüsse erwirtschaftet werden. Diese Überschüsse wurden größtenteils einer Rücklage zugeführt, welche für einen demnächst notwendigen Hochbehälterneubau angelegt wurde. Ende 2007 wies diese Hochbehälterrücklage einen Stand von 270.000 Euro aus. Da mit diesem Betrag für die Hochbehältererrichtung bei weitem nicht das Auslangen gefunden werden kann, wird auch eine Darlehensaufnahme notwendig. Die Rückzahlung und Verzinsung dieses Darlehens wird den ordentlichen Gemeindehaushalt zukünftig sehr stark belasten.

Es konnte festgestellt werden, dass bei den Benützungs- und Anschlussgebühren für die Wasserversorgung die vom Land Oberösterreich geforderten Mindestgebühren eingehoben wurden.

Abwasserbeseitigung

Der laufende Betrieb der Abwasserbeseitigung verursachte laut Rechnungsabschluss 2007 eine Belastung des ordentlichen Gemeindehaushaltes in Höhe von rd. 22.900 Euro. Sowohl bei den Kanalbenützungsgebühren als auch bei den Kanalanschlussgebühren wurden die vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestgebühren vorgeschrieben.

Kindergarten

Der Kindergarten in Lembach i.M. wird von der Pfarr-Caritas geführt und die Marktgemeinde hat sich zur Abdeckung der entstehenden Abgänge verpflichtet. Wird der laufende Abgang des Jahres 2007 in Höhe von rd. 62.900 Euro auf 49 Kindergartenkinder aufgeteilt, so errechnet sich ein Abgang von 1.284 Euro pro Kind. Wegen rückläufiger Besucherzahlen kam es mit Beginn des neuen Kindergartenjahres im September 2008 zu einer Reduktion auf nunmehr zwei Gruppen.

Freibad

Durch den laufenden Betrieb des Freibades wurde in den letzten drei Jahren der Gemeindehaushalt mit durchschnittlich rd. 16.600 Euro pro Jahr belastet.

Außerordentlicher Haushalt

Im außerordentlichen Haushalt der vergangenen drei Jahre wurde eine beachtliche Investitionssumme von rd. 2.912.600 Euro getätigt.

Die wesentlichsten Investitionen betrafen die Erweiterung und Sanierung der Hauptschule, die Erweiterung der Landesmusikschule (Alfons Dorfner-Halle), den Kanalbau, den Busterminal sowie das Projekt Gemeindestraßenbau- und sanierung.

Die Inanspruchnahme öffentlicher Fördergelder (Bedarfszuweisungen und Landeszuschüsse) betrug insgesamt 64 % der Gesamtdeckungsmittel. Auf die Eigenfinanzierungskraft (Anteilsbeträge vom o. Haushalt, Rücklagen, Interessentenbeiträge) entfielen rd. 20 %. Darlehensaufnahmen beschränkten sich auf einen Anteil von rd. 10 % der Gesamtdeckungsmittel.

Die Gemeinde

Die auf einer Seehöhe von 552 m liegende Marktgemeinde Lembach i.M. erstreckt sich auf einer Fläche von 7,98 km² und zählt somit flächenmäßig zu den kleineren Gemeinden des Bezirkes Rohrbach. Nach dem endgültigen Ergebnis der letzten Volkszählung 2001 erreichte die Marktgemeinde 1.533 Einwohner. Seitdem hat sich die Einwohnerzahl leicht positiv entwickelt und beträgt aktuell 1.581 Einwohner (laut vorläufiger Volkszahl für 2009)

Die Marktgemeinde ist Standort einer Volks- und Hauptschule sowie einer Landes-Musikschule. Das Bezirks-Altenheim wird vom Sozialhilfverband betrieben. Die sieben Ortschaften des Gemeindegebietes sind durch 12,6 km Güterwege, 8,4 km Gemeindestraßen und 7,215 km Landesstraßen erschlossen.

Von den Verantwortlichen der Marktgemeinde Lembach i.M. wird einer Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden schon immer große Bedeutung beigemessen. Im Rahmen einer Verwaltungsgemeinschaft wird das Gemeindeamt gemeinsam mit der Gemeinde Hörbich geführt und arbeiten auch die Bauhöfe der beiden Gemeinden sowohl beim Personal- als auch beim Geräteinsatz zusammen.

Zur Schaffung eines gemeinsamen Betriebsbaugebietes "Inkoba" haben sich die Gemeinden Niederkappel, Lembach, Putzleinsdorf, Hofkirchen, Atzesberg, Hörbich, Oberkappel und Neustift zusammengeschlossen.

Unter dem Titel "kultURsprung" arbeitet die Marktgemeinde mit den Nachbargemeinden Niederkappel, Putzleinsdorf und Hörbich in kulturellen Aktivitäten zusammen. In der auch als Schulturnsaal und Veranstaltungsort genutzten Alfons Dorfner-Halle finden laufend beachtliche kulturelle Ereignisse statt.

Für die Wasserversorgung wird ein Teil des benötigten Trinkwassers von der Wassergenossenschaft Putzleinsdorf angekauft.

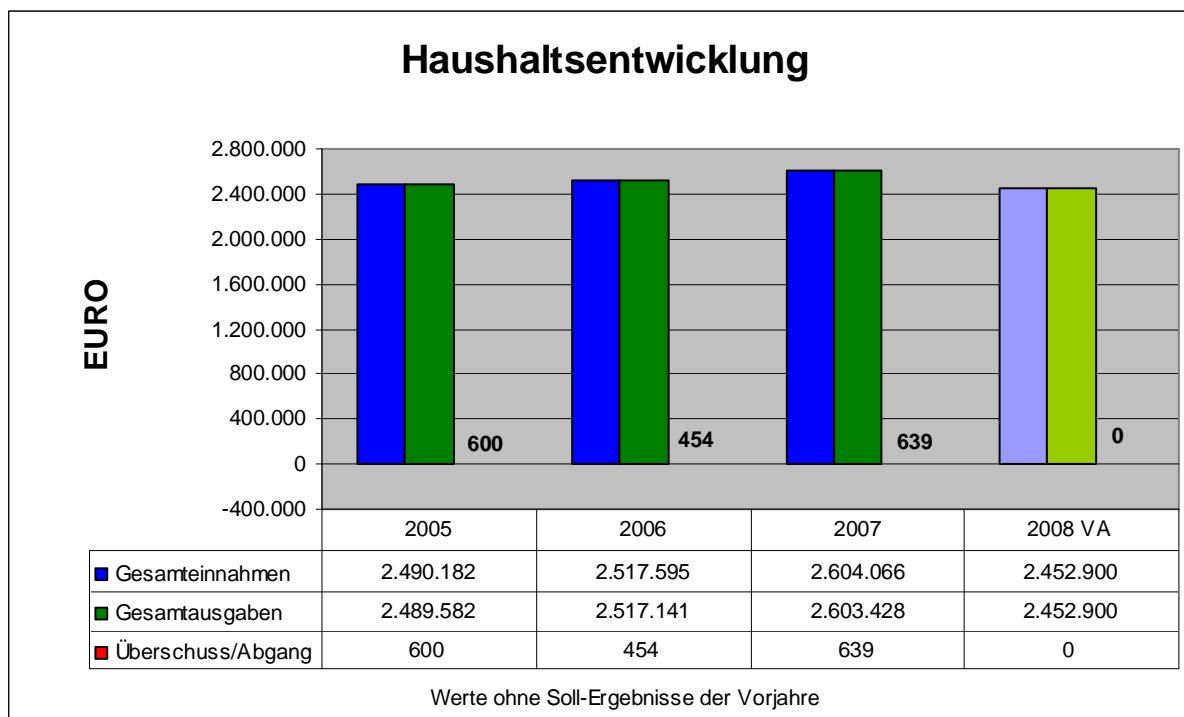
Bei der Abwasserbeseitigung werden in Lembach i.M. in Zukunft auch Abwässer aus den Ortschaften Raiden und Römersdorf gereinigt, die zur Gemeinde Niederkappel gehören. Gemeinsam mit den Nachbargemeinden Niederkappel, Hörbich, Putzleinsdorf, Sarleinsbach und Atzesberg wurde 2008 mit 50 % Landesförderung für die Kanalisationsanlagen ein Sinkkastenreiniger angekauft.

In den Jahren 2005 und 2006 wurde zusammen mit dem Amt der öö. Landesregierung, Abteilung Wasserwirtschaft (UA Abwasserwirtschaft), und externen Fachleuten untersucht, ob ein gemeinsamer Betrieb der Kläranlagen der Gemeinden Lembach i.M., Niederkappel, Sarleinsbach und Putzleinsdorf sowie eine engere Zusammenarbeit mit dem Reinhalteverband Mühlthal sinnvoll wäre. Dazu wurden von einem externen Beratungsinstitut verschiedene Varianten einer Zusammenarbeit untersucht mit dem Ergebnis, dass wegen der engen Verflechtung des Bauhofes und der Kläranlage in Lembach i.M. der eigenständige Betrieb der Kläranlage beibehalten wurde.

Der Bürgermeister, die Gemeindevandatare und die Gemeindebediensteten arbeiten sehr engagiert in den bezirksübergreifenden Verbänden wie Sozialhilfverband, Bezirksabfallverband, Regionalverkehr sowie bei der Erarbeitung und Umsetzung interkommunaler Projekte mit.

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



In der Grafik sind die reinen Jahresergebnisse, dh. ohne den jeweiligen Sollabwicklungen der Vorjahre, ersichtlich.

Die Marktgemeinde war in den Jahren 2005 bis 2007 trotz gestiegener Pflichtausgaben¹ in der Lage, zur Finanzierung ihrer außerordentlichen Vorhaben insgesamt rd. 401.400 Euro aus dem ordentlichen dem außerordentlichen Haushalt zuzuführen.

In den Jahren 2005 bis 2007 verzeichnete das Budgetvolumen einen Anstieg um rd. 114.900 Euro auf rd. 2.604.100 Euro; dies bedeutet einen Erhöhung von 4,62 %.

Im Jahr 2007 wurde dieser einnahmenseitig durch höhere Ertragsanteile sowie durch Anschlussgebühren bei der Abwasserbeseitigung hervorgerufen.

Für die ausgabenseitige Erhöhung waren u.a. die Transferzahlungen an den Sozialhilfeverband sowie der Krankenanstalten verantwortlich.

Mittelfristiger Finanzplan

In der Gemeinderatssitzung am 12.12.2007 wurde für die Planungsperiode 2008 bis 2011 ein Mittelfristiger Finanzplan beschlossen. Ziel der mittelfristigen Finanzplanung ist es, Vorschau zu halten und durch den Einnahmen- und Ausgabenplan zu erfahren, wie sich die Finanzlage der Gemeinde entwickeln wird.

Eine wichtige Kennziffer der mittelfristigen Finanzplanung ist die "freie Budgetspitze". Daraus kann abgeleitet werden, ob und in welcher Höhe Geldmittel für Investitionen im ordentlichen Haushalt und für Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt vorhanden sind.

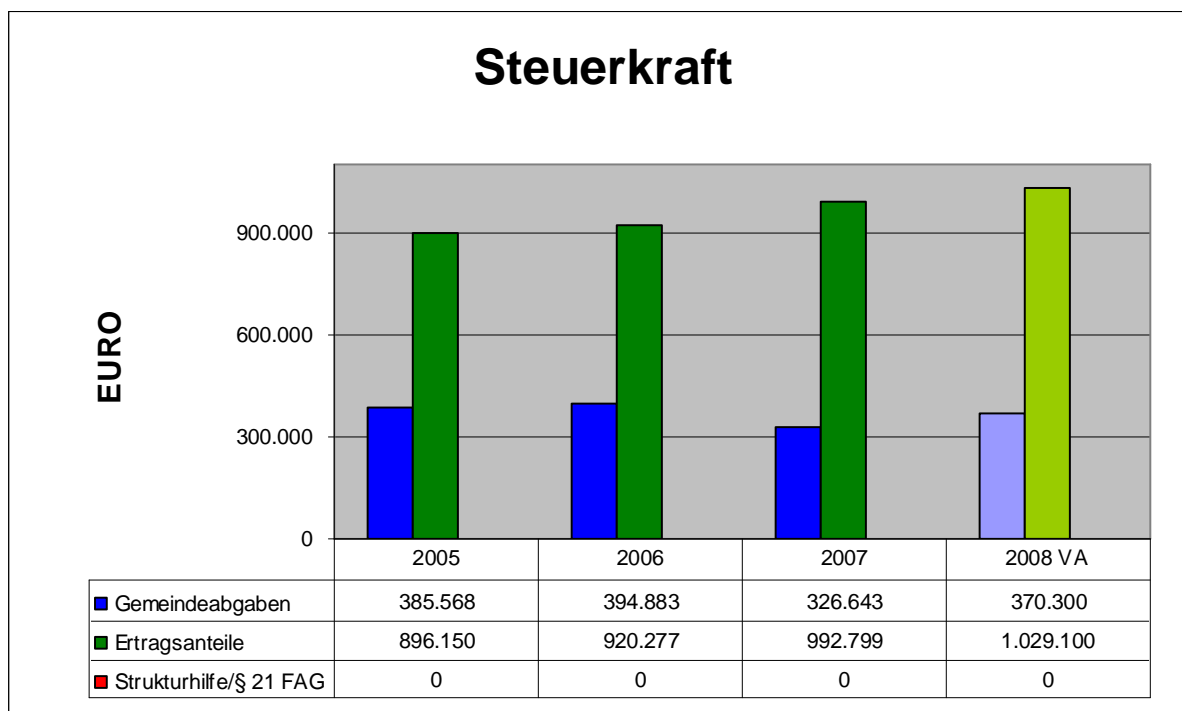
¹ siehe Kapitel "Umlagen", Seite 13

In der Gemeinde werden in den Jahren 2008 bis 2011 folgende positive Budgetspitzen erwartet:

2008	2009	2010	2011
50.300 Euro	65.100 Euro	48.100 Euro	28.400 Euro

Der mittelfristige Investitionsplan umfasst für die Jahre 2008 bis 2011 folgende Vorhaben: Löschfahrzeug für FF Lembach, Hauptschulerweiterung u. –sanierung, öffentliche Bücherei und WC-Anlage, Erweiterung Landesmusikschule (Alfons Dorfner-Halle), Gemeindestraßenbau bzw. –sanierung, Busterminal, Weg der Begegnung, Hochbehälterbau und Kanalbau BA 08.

Finanzausstattung



Die Marktgemeinde Lembach i.M. rangierte mit ihrer Finanzkraft (Gemeindeabgaben und Ertragsanteile) auf Basis der Ergebnisse für das Jahr 2007 im Vergleich mit allen öö. Gemeinden an 184. Stelle und nahm innerhalb des Bezirkes Rohrbach den 8. Rang ein.

Die Steuerkraft belief sich im Jahr 2005 auf rd. 1.281.700 Euro und stieg bis zum Jahr 2007 um rd. 37.700 Euro bzw. 2,94 % auf rd. 1.319.400 an. Wird dieser Wert in Relation zur Gemeindegröße betrachtet, so ergibt sich (bei 1.533 Einwohner lt. Volkszählung 2001) eine durchschnittliche Steuerkraft von rd. 861 Euro je Einwohner.

Wie aus der Grafik ersichtlich ist, stiegen die Abgabenertragsanteile kontinuierlich an. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen erhöhten sich zwischen den Jahren 2005 und 2007 um rd. 96.600 Euro bzw. rd. 10,78 % auf rd. 992.800 Euro.

Die für die Gemeinde wichtigste Abgabe stellt neben der Grundsteuer B die Kommunalsteuer dar. Die Kommunalsteuereinnahmen verzeichneten im Vergleichszeitraum 2005 bis 2007 einen Rückgang um rd. 61.000 Euro bzw. 22,28 % auf rd. 212.800 Euro.

Im Finanzjahr 2007 wurde auf Grund eines nunmehr abgeschlossenen Konkursverfahrens eine uneinbringliche Kommunalsteuer in Höhe von rd. 54.000 Euro abgeschrieben. Damit ist auch der Rückgang der Kommunalsteuereinnahmen im Finanzjahr 2007 begründet.

Im Jahr 2007 wurde von 51 Betrieben (insgesamt 443 Beschäftigte, davon 125 Teilbeschäftigte) Kommunalsteuer bezahlt.

Der größte angesiedelte Betrieb leistete für das Finanzjahr 2007 Kommunalsteuer von rd. 45.000 Euro.

Die stichprobenweise durchgeführte Prüfung der Kommunalsteuererklärungen ergab keinen Grund zu Beanstandungen.

Im bezirksweiten Vergleich des Kommunalsteueraufkommens je Einwohner liegt Lembach i.M. im Jahr 2007 mit einem Wert von 138,79 Euro über dem Bezirksdurchschnitt von 124,19 Euro.

Sparkasse Mühlviertel-West; Verschmelzung mit der DIE ERSTE Österreichische Spar-Casse Anteilsverwaltung Sparkasse

Im Jahr 1995 haben 'DIE ERSTE Österreichische Spar-Casse Anteilsverwaltung Sparkasse' und die Haftungsgemeinden der 'Sparkasse Mühlviertel-West' Verträge bezüglich der Umwandlung der Sparkasse Mühlviertel-West in eine Bank AG mit dem gleichzeitigen Ankauf von Aktien in der Höhe einer 60%igen Beteiligung an dieser Bank beschlossen.

Durch die Sparkassenumwandlung hat die Marktgemeinde einen Erlös von 3.633.642 Euro erzielt, wovon aber 2.180.185 Euro für den Kauf von Aktien aufzuwenden waren.

Der tatsächlich zur Verfügung stehende Erlös betrug demnach 1.453.456 Euro, aufgeteilt auf die Jahre 1995 bis 1997. Auf Grund von Zinsen in den vergangenen Jahren von rd. 189.300 Euro erhöhte sich der Erlös auf insgesamt 1.642.778 Euro.

Da in den vorangegangenen Jahren an die ehemaligen Haftungsgemeinden keine bzw. eine niedrigere Dividende ausbezahlt wurde, ergab sich im Jahr 2005 eine erhöhte Dividende von 125.600 Euro. Im Jahr 2006 betrug die Dividende 34.900 Euro und im Jahr 2007 wurde eine Dividende von 41.900 Euro ausbezahlt.

Die Vereinnahmung dieser Beträge erfolgte im ordentlichen Haushalt.

Regionaler Wirtschaftsverband Donau-Ameisberg

In der Gemeinderatssitzung der Marktgemeinde Lembach i.M. vom 22. Juni 2006 wurde eine Vereinbarung über einen interkommunalen Finanzausgleich (Regionaler Wirtschaftsverband Donau-Ameisberg) abgeschlossen zwischen den Gemeinden Niederkappel, Hofkirchen i.M., Hörbich, Lembach i.M., Neustift i.M., Oberkappel, Pfarrkirchen i.M. und Putzleinsdorf, einstimmig beschlossen.

In dieser Vereinbarung ist u.a. geregelt, dass die Standortgemeinde Niederkappel berechtigt ist, Kommunalsteuer von den auf dem Gewerbepark angesiedelten Betrieben einzuheben und im Wege eines interkommunalen Finanzausgleiches den oben angeführten Mitgliedsgemeinden einen der Höhe nach bestimmten Anteil zukommen zu lassen.

Der Anteil an Kommunalsteuer für die Marktgemeinde Lembach i.M. wurde mit 12 % festgelegt.

Bis zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes des Regionalen Wirtschaftsverbandes Donau-Ameisberg und Tilgung des aufgenommenen Fremdkapitals erfolgt die Überweisung der gesamten Kommunalsteuereinnahmen nicht an die Mitgliedsgemeinden, sondern direkt an den Regionalen Wirtschaftsverband Donau-Ameisberg.

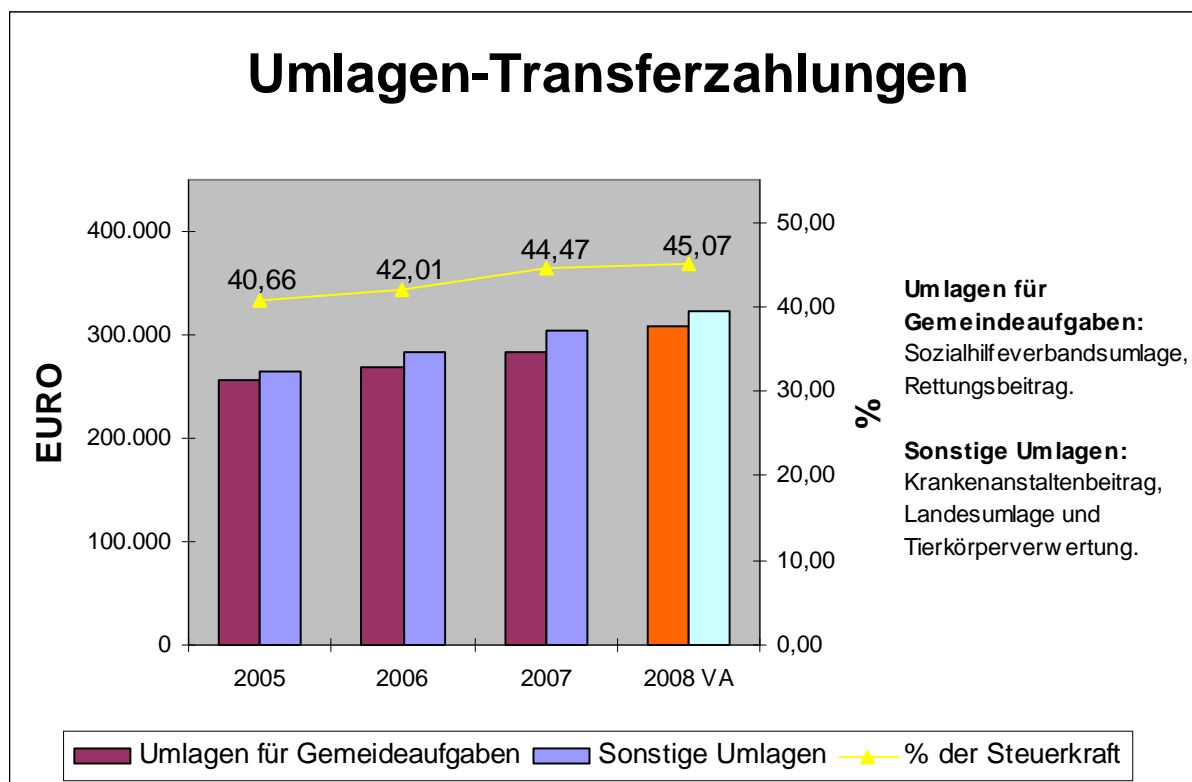
Bei den einzelnen Mitgliedsgemeinden erfolgt lediglich eine Einnahmen- und Ausgabenbuchung der anteilmäßig zur Verteilung gelangenden Kommunalsteuer zu erfolgen.

Im Jahr 2007 wurden von der Marktgemeinde Lembach i.M. insgesamt 6.496,04 Euro an den Regionalen Wirtschaftsverband Donau-Ameisberg weitergegeben.

Steuerrückstände

Die Rückstände an gemeindeeigenen Steuern betragen im Jahr 2007 rd. 4.800 Euro. Bei der Tourismusabgabe betrug der Rückstand rd. 2.800 Euro – dieser Betrag wurde aber bereits zu Beginn des Finanzjahres 2008 entrichtet. Der Rückstand bei der Grundsteuer B von rd. 1.400 Euro war zum Zeitpunkt der Gebarungsprüfung ebenfalls bereits entrichtet.

Umlagen

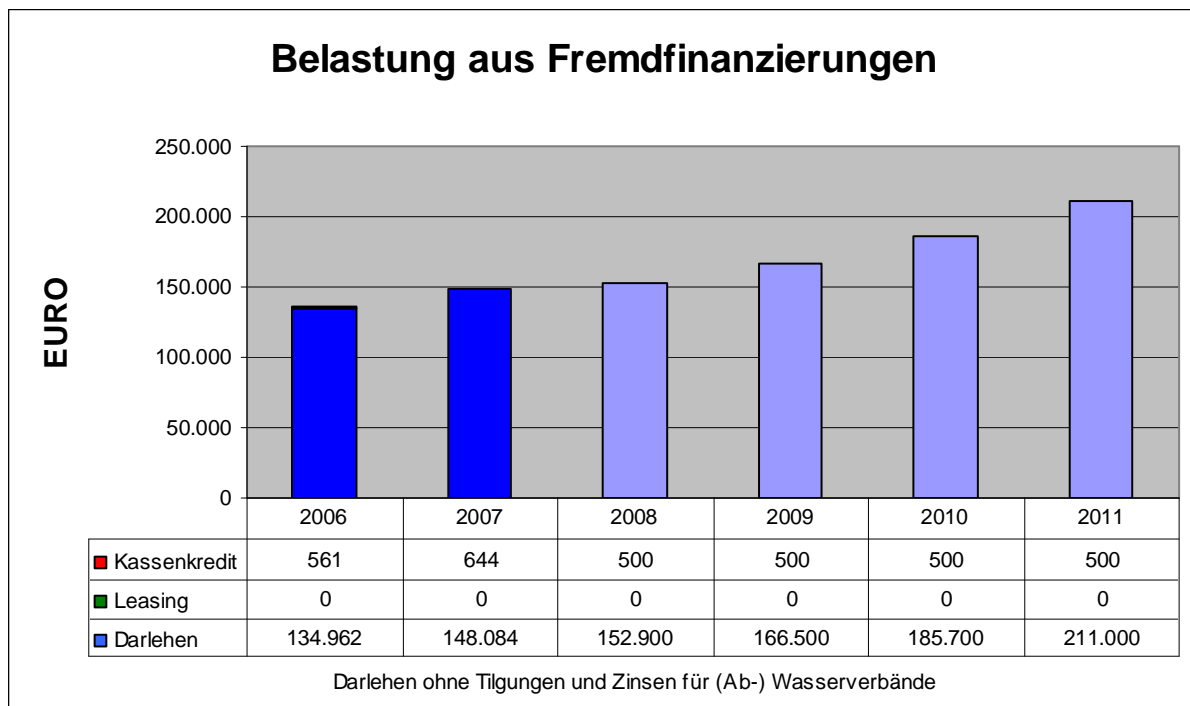


Die Geldleistungen, die von der Marktgemeinde in Form von Umlagen und Transferzahlungen für Gemeindeaufgaben erbracht werden und jene Leistungen, die dem Land OÖ. bzw. seinen betrieblichen Einrichtungen zufließen, lagen im Jahr 2007 bei rd. 586.700 Euro, womit rd. 44,47 % der Steuerkraft gebunden waren.

In Summe ist im Zeitraum 2005 bis 2007 ein Anstieg von insgesamt rd. 65.500 Euro, das entspricht einer Steigerung von rd. 12,57 %, festzustellen, wobei die sonstigen Umlagen des Landes um rd. 38.800 Euro (+14,68 %) und die gemeindeaufgabenbezogenen Umlagen um rd. 26.700 Euro (+10,40 %) angewachsen sind.

Als markante Kosten- und Belastungsfaktoren erweisen sich dabei der Krankenanstaltenbeitrag mit einer Steigerungsquote von 18,29 % sowie die Sozialhilfeverbandsumlage mit einem Anstieg von 10,09 %. Im Vergleichszeitraum ist die Steuerkraft um rd. 37.700 Euro bzw. 2,94 % gestiegen.

Fremdfinanzierungen



Darlehen

Die Marktgemeinde rangierte mit ihrer Pro-Kopf-Verschuldung auf Basis der Ergebnisse 2007 im Vergleich mit allen öö. Gemeinden (444) an der 206. Stelle und nahm innerhalb der Gemeinden des Bezirkes Rohrbach den 32. Rang ein.

In der Grafik wurde versucht, die Nettobelastung des ordentlichen Gemeindehaushaltes durch die Darlehensannuitäten und Kassenkreditzinsen bis zum Jahr 2011 darzustellen. Das dafür notwendige Zahlenmaterial für die Jahre 2009 bis 2011 wurde vom Gemeindeamt zur Verfügung gestellt.

Eine Darlehensaufnahme voraussichtlich 2010 und 2011 für den Hochbehälterneubau wird den Schuldendienst im ordentlichen Haushalt spürbar belasten.

Die den Gemeindehaushalt belastenden Schulden beliefen sich Ende 2007 auf rd. 1.983.800 Euro. Darüber hinaus bestanden tilgungs- und zinsfrei gestellte Investitionsdarlehen des Landes in Höhe von rd. 950.000 Euro.

Die Verschuldung wurde fast zur Gänze (rd. 1.975.000 Euro = 99,56 %) zur Errichtung von Abwasserbeseitigungsanlagen eingegangen. Das restliche Darlehen (rd. 8.800 Euro = 0,44 %) entfiel auf den Hochbehältererweiterungsbau.

Der Nettoaufwand für den Annuitätendienst betrug im Finanzjahr 2007 148.084 Euro, wodurch 5,69 % der ordentlichen Jahreseinnahmen gebunden waren.

Die vereinnahmten Annuitätzuschüsse des Bundes für ein Kanalbaudarlehen wurden bzw. werden zweckgebunden für den Schuldendienst verwendet.

Kassenkredit

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 wurde ein Kassenkredit von rd. 9.800 Euro beansprucht. Am 31.12.2007 betrug die Verzinsung 4,875 %. Im Finanzjahr 2007 betrug der Zinsaufwand für die Inanspruchnahme des Kassenkredites lediglich 644 Euro.

Rücklagen

Am Ende des Finanzjahres 2007 verfügte die Marktgemeinde über Rücklagen von insgesamt 970.105 Euro, die sich wie folgt zusammensetzen:

Hochbehälterrücklage	270.000 Euro
Siedlungsbaurücklage	372.815 Euro
Sparkassenrücklage	210.592 Euro
Kanalsanierungsrücklage	30.000 Euro
Wasserleitungsbaurücklage	41.863 Euro
Kanalbaurücklage	12.525 Euro
Straßenbaurücklage	32.310 Euro

Sparkassenrücklage

Aufgeteilt auf drei Jahre (1995 bis 1997) erhielt die Marktgemeinde für den Verkauf der Sparkasse insgesamt 1.453.456 Euro. Der Betrag erhöhte sich mit den vereinnahmten Zinsen der vergangenen Jahre in Höhe von 189.322 Euro auf 1.642.778 Euro.

Die Verwendung der Sparkassenverkaufserlöse stellt sich vom Jahr 1996 bis zum Jahr 2007 wie folgt dar:

	Einnahmen Euro	Ausgaben Euro
Sparkassenverkaufserlöse 1995 bis 1997	1.453.456	
Zinsen 1995 bis 2007	189.322	
Ortszufahrt		92.618
Fußballhaus		24.445
Markthaus (ehem. Pfarrheim), Parkplatz und Kauf		463.002
FF – Kommandofahrzeug		7.571
Hauptschule Erweiterung und Sanierung		208.927
Erweiterung Landesmusikschule (Alfons-Dorfner-Halle)		582.925
Betriebsgrundkauf		52.698
Summe	1.642.778	1.432.186
Sparkassenrücklage Ende 2007	210.592	

Im Jahr 1998 wurden 101.742 Euro aus dieser Rücklage für eine Zwischenfinanzierung betreffend Kanalbau verwendet; der Betrag wurde im folgenden Jahr 1999 wieder der Sparkassenrücklage zugeführt.

Die Verwendung der restlichen Sparkassenrücklage ist für die Vorhaben "Errichtung öffentliche Bücherei und WC-Anlage" sowie "Erweiterung Landesmusikschule (Alfons Dorfner-Halle)" vorgesehen.

Kanalbaurücklage (aus Aufschließungsbeiträgen)

Die Marktgemeinde verfügt über eine Kanalbaurücklage, die sich aus Aufschließungsbeiträgen der letzten Jahre zusammensetzt. Bei der Berechnung von Kanalanschlussgebühren werden bereits geleistete Aufschließungsbeiträge berücksichtigt. Dasselbe gilt für die Wasserleitungsbaurücklage und die Straßenbaurücklage.

Für das ao. Vorhaben Kanalbau BA 08 sind im Finanzierungsplan Anschlussgebühren in Höhe von 68.000 Euro vorgesehen.

Für diesen Bauabschnitt wurden bis 2007 Kanalanschlussgebühren in Höhe von 15.507,69 Euro (excl. Ust.) geleistet (lt. vorliegender Berechnungsgrundlagen sind in diesem Betrag keine Aufschließungsbeiträge enthalten). In der Buchhaltung wurde die Kanalschlussgebühr richtig unter 2/8510/8500 vereinnahmt. Die 10%ige Umsatzsteuer in Höhe von 1.550,77 wurde korrekt an das Finanzamt abgeführt.

Die Kanalanschlussgebühr wurde als Zuführung vom ordentlichen Haushalt (1/9800/9103) an das ao. Vorhaben Kanalbau BA 08 weitergegeben.

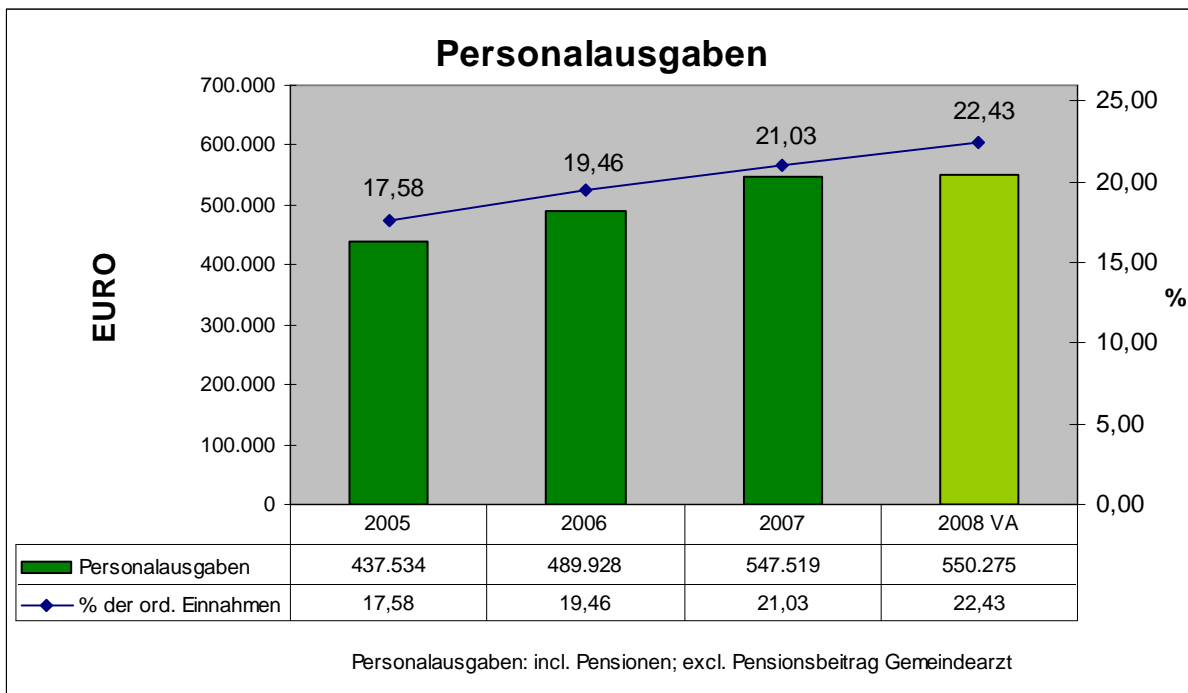
Um die im Finanzierungsplan enthaltenen Anschlussgebühren in Höhe von 68.000 Euro zu erreichen, wurde im ordentlichen Haushalt der Differenzbetrag in Höhe von 52.492,31 als Kanalanschlussgebühr (2/8510/8500) dargestellt, obwohl nur die bereits angeführten Kanalanschlussgebühren in Höhe von 15.507,69 Euro entrichtet wurden. Es handelt sich auch nicht um eine Anrechnung von evtl. bereits geleisteten Aufschließungsbeiträgen.

Vom Differenzbetrag wurde die 10%ige Umsatzsteuer in Höhe 5.249,23 Euro an das Finanzamt abgeführt, obwohl in diesem Fall keine Umsatzsteuerpflicht gegeben war.

Der Gemeinde wurde im Rahmen der Prüfung aufgefordert, die zuviel entrichtete Umsatzsteuer in Höhe von 5.249,23 Euro vom Finanzamt zurückzufordern.

Auf den Erlass des Amtes der Oö. Landesregierung vom 27.11.2001, "Vorschreibung von Aufschließungsbeiträgen gemäß § 25 Oö. ROG 1994, Verbuchungsempfehlungen", wird zur Beachtung hingewiesen. Wenn bereits geleistete Aufschließungsbeiträge, die einer zweckentsprechenden Rücklage zugeführt wurden, richtigerweise bei der Berechnung der Anschlussgebühren berücksichtigt werden, sind diese nämlich im ordentlichen Haushalt beim entsprechenden Unterabschnitt (612, 850, 851) als Rücklagenentnahme unter VAP. 298. zu verbuchen. Die Darstellung der entnommenen Aufschließungsbeiträge unter VAP. 850 ist nicht korrekt. Bezüglich Umsatzsteuerbuchung wird ebenfalls auf den angeführten Erlass verwiesen.

Personal



Die Personalausgaben der Marktgemeinde Lembach i.M. betragen im Jahr 2005 rd. 438.000 Euro, erhöhten sich im Jahr 2006 auf rd 490.000 Euro und stiegen im Jahr 2007 auf rd. 548.000 Euro. Für das Jahr 2008 wurden rd. 550.000 Euro veranschlagt.

Die Personalkosten erhöhten sich im Prüfungszeitraum zwischen 2005 und 2007 von 17,58 % auf 21,03 % und lagen damit im gesamten Prüfungszeitraum unter dem Bezirksdurchschnitt².

Auf die Gemeindeverwaltung fallen rd. 32 %, auf den Bauhof rd. 21 %, und auf die Volks-, Haupt- und Musikschule rd. 27 % der Personalausgaben.

Laut Rechnungsabschluss 2007 stellen sich die Personalbesetzung bzw. die Personalkosten der Marktgemeinde Lembach i.M. wie folgt dar:

Organisationseinheit	PE	HH-Ansatz	Kosten in Euro
Gemeindeverwaltung	4,250	0100, 0220	172.749,34
Schulen	5,300	2110, 2120,3200	148.098,18
Bauhof	3,000	6170	112.987,66
sonstige Personalausgaben			113.684,31
Gesamt	12,550		547.519,49

² lt. Voranschlag 2008: rund 24 %

Der Dienstpostenplan wurde am 10. Jänner 2008 durch die Bezirkshauptmannschaft Rohrbach geprüft und zur Kenntnis genommen. Laut Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung sind für die Marktgemeinde Lembach i.M. fünf Dienstposten vorgesehen, für die Gemeinde Hörbich zwei Dienstposten. Aufgrund der Verwaltungsgemeinschaft der beiden Gemeinden kann im Verwaltungsbereich ein Auslangen mit insgesamt 5,25 PE gefunden werden. Dabei entfallen auf die Marktgemeinde Lembach i.M. 4,5 Dienstposten, wobei die derzeit aktuelle Besetzung 4,25 Personaleinheiten beträgt. Von der Gemeinde Hörbich wird ein Dienstposten besetzt.

Der rechtskräftige Dienstpostenplan stellt sich daher in der Marktgemeinde Lembach i.M. wie folgt dar:

Allgemeine Verwaltung				
1	B	GD 11.1	B II-VI	
1	B	GD 17.4	C I-IV/N2-Laufbahn	
2,5	VB	GD 21.7	VB I d	
Handwerklicher Dienst				
1	VB	GD 18.2	II p3	ad personam p2
3	VB	GD 19.1	II p3	
4,3	VB	GD 25.1	II p5	

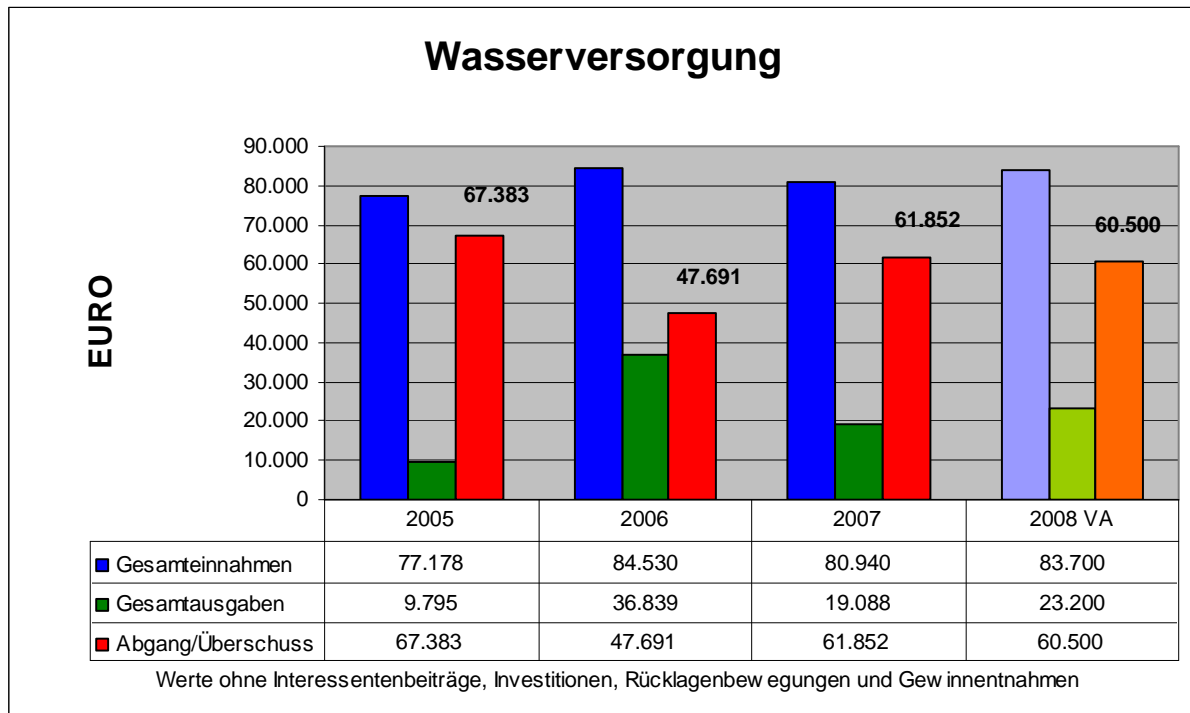
Der Geschäftsverteilungsplan für die Bediensteten der Verwaltungsgemeinschaft Lembach im Mühlkreis und Hörbich vom 28. August 2006 entspricht den derzeitigen Gegebenheiten. Eine detaillierte Arbeitsplatzbeschreibung wurde – bis auf eine Ausnahme im handwerklichen Dienst – für alle Dienstposten ausgearbeitet bzw. aktualisiert.

Gemäß Erlass des Amtes der Oö. Landesregierung vom 23. Juli 2002 ist die Durchführung von detaillierten Arbeitsplatzbeschreibungen für jeden einzelnen Arbeitsplatz in der Gemeinde erforderlich. Stellenbeschreibungen bilden die Grundlage bei einer eventuellen Neuausschreibung oder Neubewertung des Dienstpostens.

Die Personalakte werden überaus ordentlich und gewissenhaft geführt. Es ist positiv anzumerken, dass bei allen Veränderungen betreffend des Dienstverhältnisses Nachträge oder schriftliche Mitteilungen an die Bediensteten vorhanden sind. Anregungen und Änderungsvorschläge wurden stets positiv aufgenommen und deren Umsetzung erfolgte nach Möglichkeit sofort.

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung



An die öffentliche Wasserversorgung sind der Hauptort und große Teile der Ortschaften bzw. Ortsteile Hammer, Knechtwies und Gloßholz angeschlossen. Laut letzter Gebührekalkulation sind etwas mehr als 1300 Personen bzw. 81 % der Einwohner Bezieher von Gemeindewasser. Die restlichen Ortschaften und Objekte im Gemeindegebiet verfügen über eigene Hausbrunnen und Wasserversorgungen. Abgesehen vom geplanten Hochbehälterneubau sind in nächster Zeit keine größeren Investitionen zur Wasserleitungserweiterung vorgesehen.

In obiger Grafik ist das laufende Betriebsergebnis der Wasserversorgung dargestellt. Ohne Interessentenbeiträge, Investitionen, Rücklagenbewegungen und Gewinnentnahmen konnten in den letzten 3 Jahren beachtliche Überschüsse von rd. 67.400 Euro im Jahr 2005, rd. 47.700 Euro im Jahr 2006 und rd. 61.900 Euro im Jahr 2007 erzielt werden. Diese Überschüsse wurden 2006 mit einem Betrag von 40.000 Euro und 2007 mit einem Betrag von 35.000 Euro zur Aufstockung der Hochbehälterrücklage verwendet, welche Ende 2007 einen Stand von 270.000 Euro erreichte. Die diese Rücklagenzuführungen übersteigenden Überschüsse der Wasserversorgung dienten als allgemeine Deckungsmittel für ordentliche Ausgaben. Verantwortlich für den geringeren Überschuss im Jahr 2006 waren vergleichsweise höhere Instandhaltungsausgaben und damit verbunden etwas höhere Ausgaben für Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen.

Die Wasserbezugsgebühren setzen sich seit 01.01.2008 zusammen aus einer Grundgebühr von 15,64 Euro jährlich und einer verbrauchsabhängigen Kubikmetergebühr von 1,13 Euro je m³. Bei Umrechnung auf einen durchschnittlichen Jahresverbrauch von 120 Kubikmeter ergibt sich ein Wert von 1,26 Euro je m³ (jeweils excl. USt.)

Die Wasserleitungsanschlussgebühr beträgt für bebaute Grundstücke mindestens 1.650 Euro. Dazu kommt noch ein Pauschalbetrag pro bebautes Grundstück von 327,27 Euro und in der Wassergebührenordnung näher bezeichnete Zu- und Abschläge.

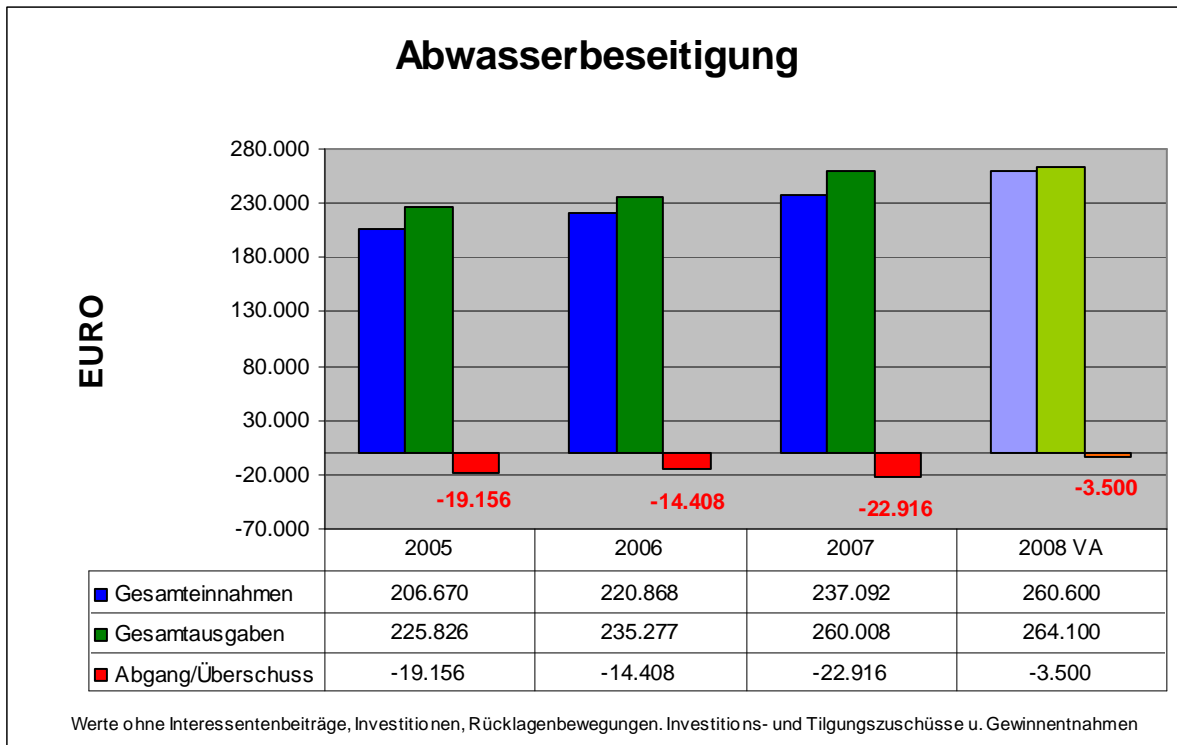
Es kann insgesamt festgestellt werden, dass sowohl bei den Wasserbezugsgebühren als auch bei den Wasserleitungsanschlussgebühren die aufsichtsbehördlichen Vorgaben erfüllt werden.

Mit der Wassergenossenschaft Putzleinsdorf besteht ein Wasserliefervertrag aus dem Jahr 1954, in dem sich die Wassergenossenschaft verpflichtet, für immerwährende Zeit einen Sekundenliter Wasser an die Marktgemeinde Lembach i.M. zu liefern. Die vertraglich vereinbarte Mindestmenge von 8.000 m³ wurde im Jahr 2007 zu einem Preis von 0,22 Euro (excl. Ust) je Kubikmeter verrechnet. Dieser äußerst günstige Wasserzukauf bildet eine der Ursachen für das positive Ergebnis der Wasserversorgung.

Den Hauptgrund für die beträchtlichen bisherigen Überschüsse der Wasserversorgung im Prüfungszeitraum bildet allerdings die geringe Verschuldung bei dieser öffentlichen Einrichtung. Im Jahr 2007 mussten lediglich rd. 2.030 Euro Darlehenstilgung und rd. 360 Euro Zinsen geleistet werden. Ende 2007 waren vom Bau des bisherigen Hochbehälters nur mehr rd. 8.800 Euro Darlehen offen, welche 2011 endgültig getilgt sein werden.

Damit auch in Zukunft eine ausreichende Wasserversorgung sichergestellt werden kann, ist neben Quellsanierungen auch der Neubau eines 500 Kubikmeter Hochbehälters notwendig. Dieser ist knapp außerhalb der Gemeindegrenze in der Nähe der Ortschaft Römersdorf, Gemeinde Niederkappel, geplant und es muss mit Kosten von mindestens 1,2 Mio Euro gerechnet werden. Die zukünftigen Ergebnisse der Wasserversorgung Lembach i.M. und damit auch die Gesamtergebnisse im ordentlichen Haushalt werden stark davon abhängen, in welcher Höhe für diesen Hochbehälterbau Darlehensaufnahmen notwendig werden.

Abwasserbeseitigung



Die Marktgemeinde hat bereits in den 60er Jahren eine erste Kläranlage gebaut. Da diese nicht mehr dem Stand der Technik entsprach, wurde 1989 am nordöstlichen Ortsrand eine auf 2.800 EW ausgelegte neue Kläranlage errichtet.

Das derzeit durch Kanäle entsorgte Gemeindegebiet deckt sich ungefähr mit dem oben beschriebenen Versorgungsgebiet durch die Gemeindewasserleitung. Nach der letzten Gebührenkalkulation sind rd. 1.400 Personen bzw. 87,44 % der Einwohner an die Abwasserbeseitigung angeschlossen. Größere Erweiterungen des Kanalnetzes sind laut Auskunft des Amtsleiters in nächster Zeit nicht mehr vorgesehen.

Auch für die Abwasserbeseitigung wurde in der oben ersichtlichen Grafik das laufende Betriebsergebnis dargestellt, in welchem Interessentenbeiträge, Investitions- und Tilgungszuschüsse, Investitionen und Rücklagenbewegungen unberücksichtigt blieben. Bei dieser Betrachtungsweise errechnet sich in den letzten drei Jahren eine durchschnittliche Belastung des Gemeindehaushaltes durch die Abwasserbeseitigung in Höhe von rd. 18.800 Euro jährlich. Laut dem Voranschlag 2008 wird der laufende Betrieb der Abwasserbeseitigung im ordentlichen Haushalt einen Abgang 28.600 Euro verursachen.

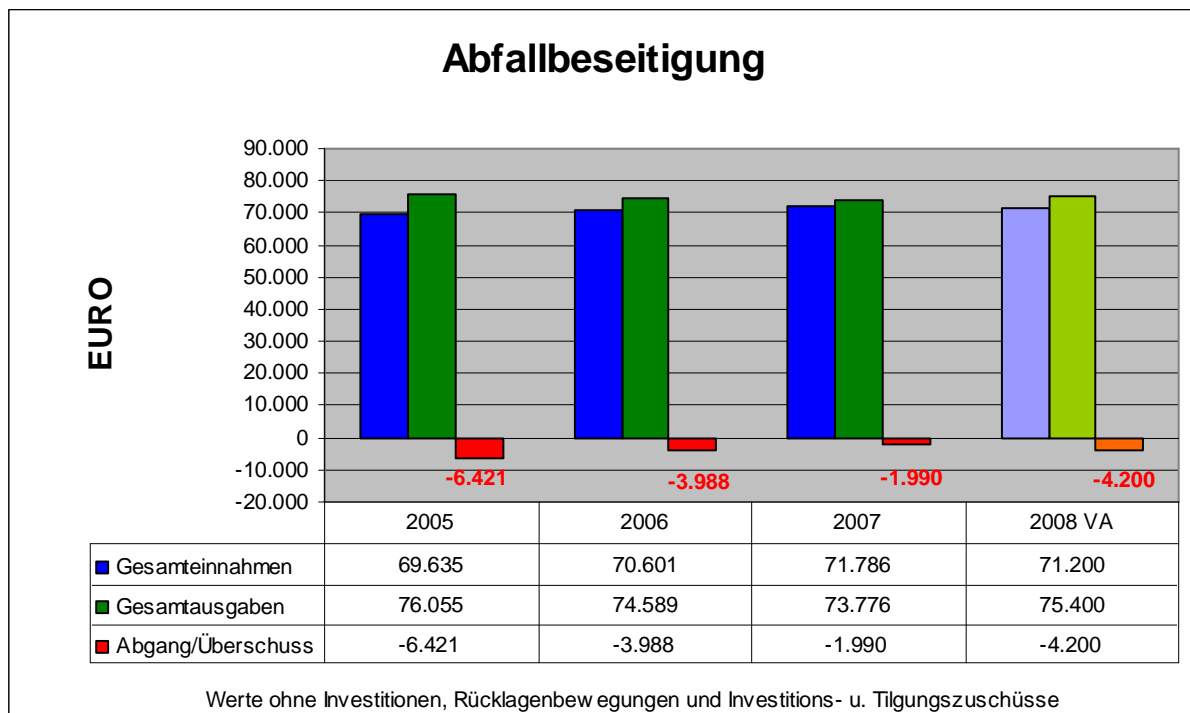
Die Kanalbenützungsgebühr beträgt seit 01.01.2008 je Kubikmeter Wasserverbrauch 3,10 Euro (excl. USt.). Wenn der Einbau eines Wasserzählers aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht vertretbar ist, wird die Kanalbenützungsgebühr nach der Anzahl der im jeweiligen Bauwerk wohnenden Personen gerechnet. Dabei gelangt ein durchschnittlicher Wasserverbrauch von 38 m³ pro Person und Jahr zur Verrechnung.

Die Kanalanschlussgebühr beträgt je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage 18,29 Euro, mindestens aber 2.743 Euro (jeweils excl. USt). Für unbebaute Grundstücke beträgt die Kanalanschlussgebühr unabhängig vom Flächenausmaß 1.745 Euro.

Damit wurden auch bei den Kanalbenützungsgebühren und bei den Kanalanschlussgebühren die aufsichtsbehördlichen Vorgaben erfüllt.

Sowohl bei der Wasserversorgung als auch bei der Abwasserbeseitigung liegen von der Aufsichtsbehörde geprüfte Gebührenordnungen vor, in denen jeweils auch die Einhebung von Bereitstellungsgebühren für angeschlossene, aber noch unbebaute Grundstücke vorgesehen ist. Diese Bereitstellungsgebühren werden seit 01.01.2008 eingehoben und erbringen für die Marktgemeinde jährlich zusätzlich Einnahmen in Höhe von rd. 850 Euro für zwölf Grundstücke bei der Wasserversorgung und 300 Euro (jeweils excl. USt.) für ein Grundstück beim Kanal.

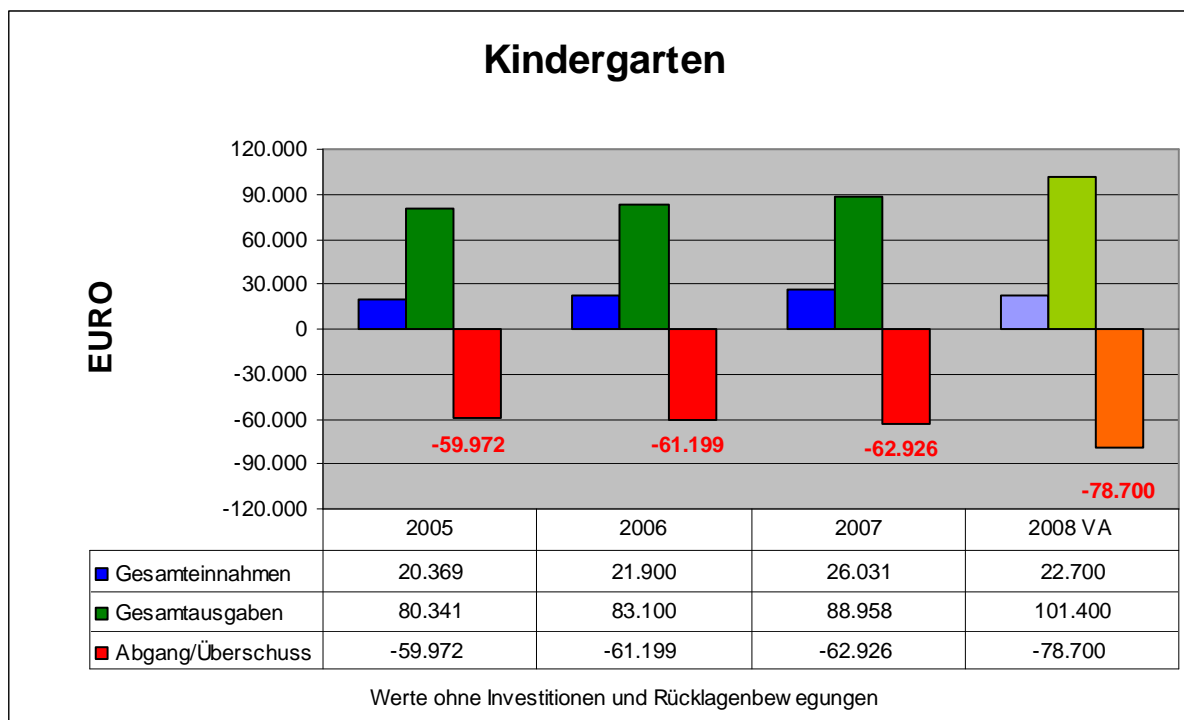
Abfallbeseitigung



Die Abfallbeseitigung wurde durch mehrheitlichen Gemeinderatsbeschluss vom 02. Juli 2003 mit Beginn des Jahres 2004 an den Bezirksabfallverband Rohrbach übertragen, welcher seither daher für Lembach i.M. die Restmüllabfuhr organisiert und durchführt. Seither werden die Abfallgebühren durch die Organe des Bezirksabfallverbandes vorgeschlagen, müssen aber weiterhin vom Gemeinderat beschlossen werden.

Die in obiger Grafik ersichtlichen Abgänge bei der Abfallbeseitigung ist vor allem auf die Tatsache zurück zu führen, dass die Sammlung von Strauchschnitt beaufsichtigt und deshalb in den Bauhofbereich verlagert werden musste.

Kindergarten



Der Kindergarten in Lembach i.M. wird von der Pfarr-Caritas geführt. Er ist in einem gemeindeeigenen Gebäude untergebracht, welches an die Pfarr-Caritas vermietet ist. Die Gemeinde bezahlt die Ausgaben für Beheizung, Strom, Instandhaltung und Versicherung des Gebäudes.

Im Prüfungszeitraum gab es jeweils drei Gruppen. Zu Beginn des Kindergartenjahres 2007/2008 besuchten noch 49 Kinder den Kindergarten. Ab dem Kindergartenjahr 2008/2009 gibt es nur mehr zwei Gruppen mit 34 Kindern. Neben Lembach i.M. beteiligt sich auf Grund einer mündlichen Vereinbarung auch die Gemeinde Hörbich an der Abdeckung des Abganges.

In obiger Grafik ist die laufende Belastung des Gemeindehaushaltes durch das Kindergartenbudget dargestellt. Diese hat sich im Prüfungszeitraum leicht auf rd. 62.900 Euro erhöht. Pro Gruppe betrug somit 2007 der Abgang 20.975 Euro. Wird der laufende Abgang auf 49 Kindergartenkinder aufgeteilt, so errechnet sich 2007 ein Abgang von 1.284 Euro pro Kind.

Der Kindergarten ist von Montag bis Donnerstag von 06:45 bis 16:00 Uhr und an Freitagen von 06:45 bis 12:30 Uhr geöffnet. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit zur Aufnahme von unter dreijährigen Kindern.

Der Kindergartentransport wird von einem ortsansässigen Unternehmer durchgeführt und mit der Marktgemeinde abgerechnet. Dazu erhält die Marktgemeinde Transportkostensätze des Landes und auch die Wohnsitzgemeinden (z.B. Altenfelden, Hörbich, Kirchberg o.d.D., Niederkappel, Putzleinsdorf,...) beteiligen sich im Verhältnis der auf sie entfallenden Fahrkilometer an den verbleibenden Transportkosten. Diese sehr genaue Abrechnung und Aufteilung der Transportkosten führt zu einer vergleichsweise sehr niedrigen Nettobelastung des Gemeindehaushaltes durch den Kindergartentransport in Höhe von durchschnittlich nur rd. 1.700 Euro in den letzten drei Jahren.

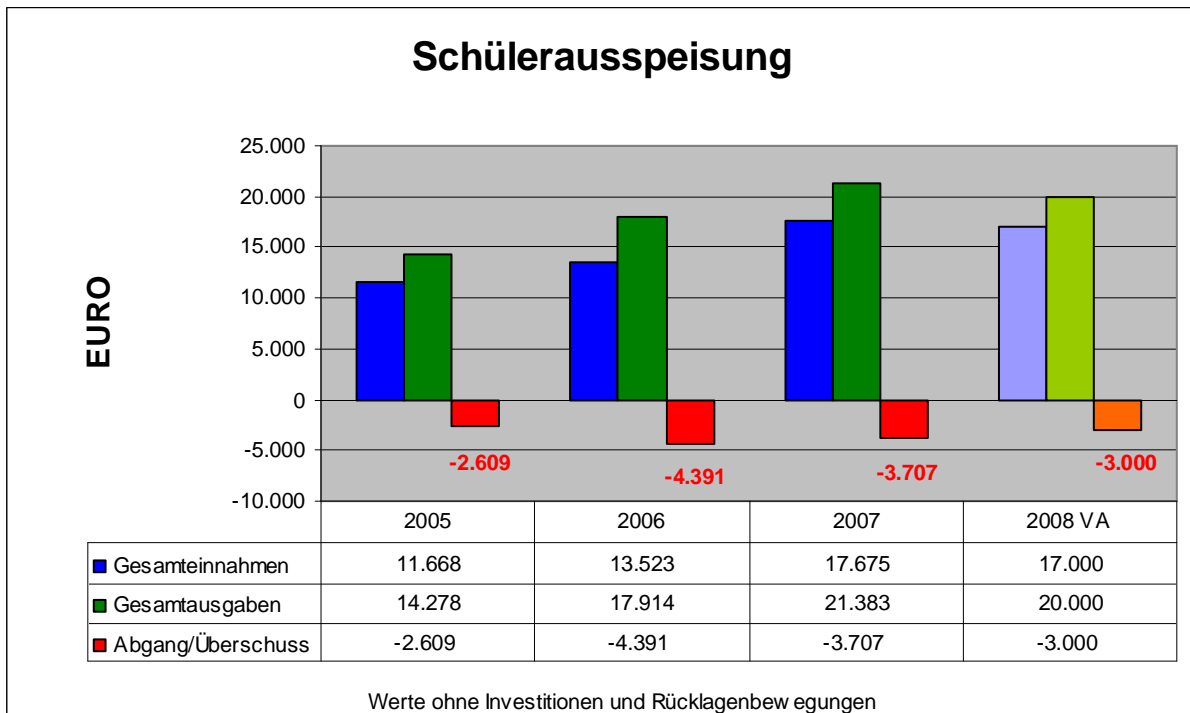
Schülerhort

Seit September 2006 ist für die Nachmittagsbetreuung der Volksschulkinder in einer leerstehenden Volksschulklasse ein Schülerhort eingerichtet. Dieser "Schülertreff" ist von Montag bis Freitag von 11:10 bis 16:30 Uhr geöffnet. Der Schülerhort wird von der OÖ Hilfswerk GmbH geführt, welche auch die Personallhoheit ausübt und die Einhebung der Hortbeiträge nach den landesgesetzlichen Bestimmungen vornimmt. Von der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach wurde mit Bescheid vom 01. Februar 2008 eine bis 31. Juli 2011 befristete Verwendungsbewilligung für diesen Hort erteilt. In einer vom Gemeinderat zuletzt am 06. März 2008 beschlossenen Vereinbarung hat sich die Marktgemeinde zur Abdeckung des sich ergebenden Betriebsabganges verpflichtet.

Laut Gemeindebuchhaltung betragen die Ausgaben für den Schülerhort im Jahr 2007 ohne Investitionen rd. 13.200 Euro.

Insgesamt hat die Marktgemeinde für die Ausstattung des Horts (Küche, Spielgeräte usw.) in den Jahren 2007 und 2008 rd. 11.500 Euro investiert. Zu diesen Ausgaben wurde laut Auskunft des Amtsleiters ein Landeszuschuss von 2.500 Euro zugesagt.

Schülerspeisung



In der in der Hauptschule eingerichteten Schülerspeisung wurden 2007 beinahe 6.000 Essensportionen an die Schüler der Hauptschule verabreicht.

Durch diese Einrichtung wurde das Gemeindebudget in den letzten Jahren durchschnittlich mit rd. 3.600 Euro belastet.

Das Essen für die Schülerspeisung in der Hauptschule Lembach wird von einem ortsansässigen Gastwirt zubereitet und in Warmhalteboxen angeliefert.

Im Prüfungszeitraum betrug der Essenspreis pro Portion für die Teilnehmer 2,95 Euro. Seit Beginn des Schuljahres 2008/2009 kostet eine Portion 3,10 Euro.

Musikschule

Die Marktgemeinde Lembach i.M. ist Standortgemeinde einer Landesmusikschule, in der aktuell etwa 260 Schüler unterrichtet werden. Laut den Rechnungsabschlüssen fielen für die Beistellung der notwendigen Räume samt Inventar und deren Instandhaltung, Reinigung, Beheizung und Beleuchtung folgende (Netto-)Ausgaben an:

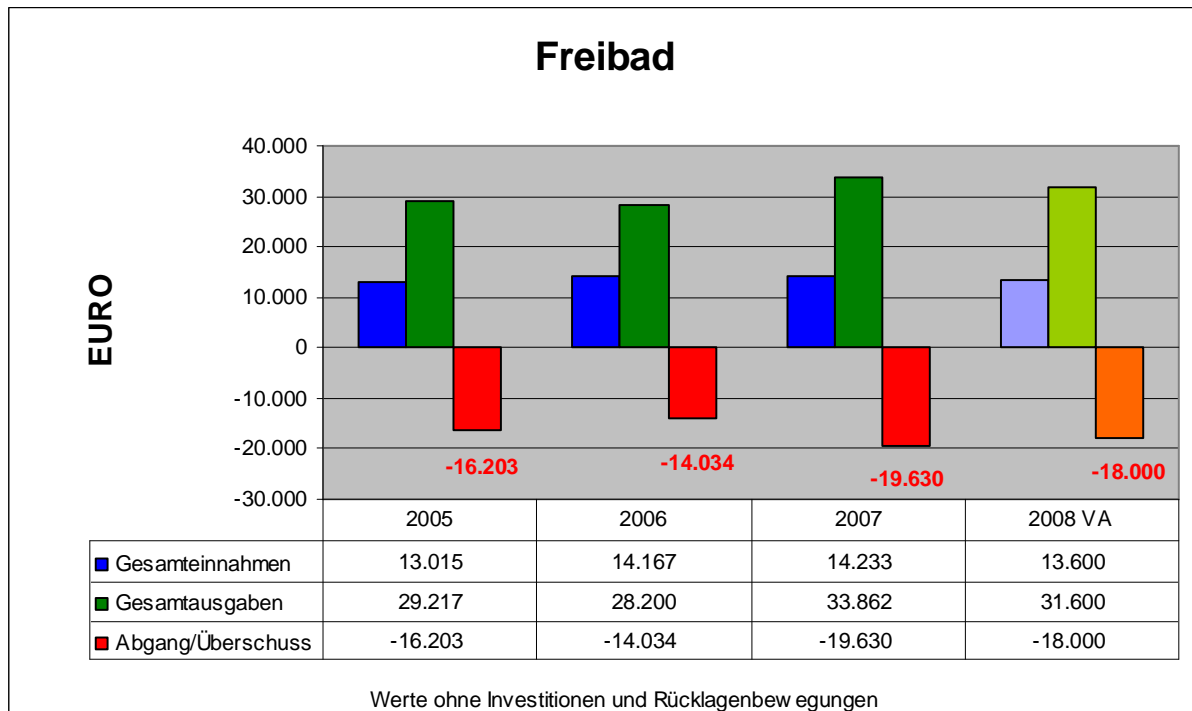
2005 rd. 18.700 Euro

2006 rd. 16.800 Euro und

2007 rd. 25.400 Euro an.

Ab dem Beginn des Musikschuljahres 2008/2009 haben die Wohnsitzgemeinden einen Deckungsbeitrag von 50 Euro je Musikschüler zu entrichten. Auf Basis der derzeit vorliegenden Daten bedeutet dies für die Marktgemeinde ab dem Jahr 2009 zusätzliche Einnahmen in Höhe von rd. 8.500 Euro für 170 Musikschüler aus derzeit 25 anderen Gemeinden. Im Gegenzug sind rd. 350 Euro für 7 Schüler an andere Musikschulgemeinden zu zahlen.

Freibad



Das Erlebnisfreibad Lembach mit Wasserrutsche, Babybecken und Kinderspielplatz wurde letztmalig 1992 renoviert. Inzwischen wurden in Badeanlagen in den umliegenden Gemeinden zum Teil beträchtliche Ausgaben zur Attraktivitätssteigerung getätigt. Dadurch hat sich für das Freibad Lembach die Konkurrenzsituation zweifelsohne verschärft.

Durch den laufenden Betrieb des Freibades wurde in den letzten drei Jahren das Gemeindebudget mit durchschnittlich rd. 16.600 Euro belastet. Der etwas höhere Abgang im Jahr 2007 ist vor allem auf eine Prüfung durch die Gebietskrankenkasse zurück zu führen, die für die Jahre 2003 bis 2006 zu einer Nachzahlung von insgesamt rd. 9.700 Euro an die Gebietskrankenkasse und an das Finanzamt führte.

Nach den zum Zeitpunkt der Gebarungseinschau vorliegenden Zahlen wird sich 2008 für den Freibadbetrieb ein Abgang von rd. 13.000 Euro ergeben.

Im Prüfungszeitraum 2005 bis 2008 besuchten an insgesamt 249 Badetagen rd. 33.500 Besucher das Freibad.

Bei der Einsicht in die diesbezüglichen Gemeinderatsbeschlüsse der letzten Jahre konnte festgestellt werden, dass die Badekartenverkaufspreise 2005 und 2007 jeweils geringfügig erhöht wurden. Bei diesen Erhöhungen wurde auch auf eine familienfreundliche Preisgestaltung geachtet.

In Bezug auf Struktur und Ausstattung sind die festgesetzten Eintrittspreise im bezirksweiten Vergleich im Durchschnitt.

Gemeindevertretung

Gemeindeinterne Prüfung

Im Vergleichszeitraum der Jahre 2005 – 2007 wurden vom Prüfungsausschuss jeweils die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl von Sitzungen abgehalten.

In der Verhandlungsschrift sollten die geprüften Themenfelder und allfällige Prüfungsfeststellungen und Verbesserungsvorschläge etwas genauer dargestellt werden.

Gemeinderat, Gemeindevorstand, Bürgermeister

Vom Gemeinderat und Gemeindevorstand wurde zumindest in jedem Quartal Sitzungen abgehalten.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes vom 6.5.2008 wurde einstimmig die Meinung vertreten, dass die Sitzungen des Gemeindevorstandes wie bisher nach Bedarf einberufen werden sollen. Aus diesem Grund wurde kein Sitzungsplan erstellt.

Gemäß § 57 Abs. 1 Oö. GemO 1990 ist für mindestens sechs Monate im Voraus ein Sitzungsplan zu erstellen.

Sitzungsgelder

Die Verordnung über das Sitzungsgeld für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeindevorstandes, des Gemeinderates und der Ausschüsse wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 5.11.2003 beschlossen. Darin wurde auch geregelt, dass das Sitzungsgeld 1,2 % des Bezuges eines nicht hauptberuflichen Bürgermeisters beträgt. Im Hinblick auf die mögliche Höchstgrenze von 3 % kann der Gemeinde ein sparsamer Umgang mit Sitzungsgeldern für Mandatare bescheinigt werden.

Verfügunsmittel und Repräsentationsausgaben

In den letzten Jahren wurden die gesetzlich vorgegebenen Höchstgrenzen für Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben (3 ‰ bzw. 1,5 ‰ der veranschlagten ordentlichen Gesamtausgaben) vom Bürgermeister nicht ausgeschöpft. Wie in der nachstehenden Tabelle ersichtlich ist, wurden in den Jahren 2005 bis 2007 durchschnittlich nur rd. 49 % der höchstmöglichen Ausgaben in Anspruch genommen:

	2005	2006	2007	Durchschnitt
tatsächl. Verfügungsmittel lt. RA	4.969	5.430	4.849	5.083
tatsächl. Repräsentationsausgaben lt. RA	56	847	229	1.132
Summe	5.025	6.277	5.078	5.460
mögliche Rep.ausg. u. Verfügungsmittel	10.925	10.929	11.458	
Ausnützung in %	46,00	57,43	44,32	49,25

Dem Bürgermeister kann daher ein sehr sparsamer Umgang mit den gegenständlichen Mitteln bestätigt werden.

Weitere wesentliche Feststellungen

Gebäude Marktplatz 3 und Pfarrgasse 7

Die Marktgemeinde erzielte im Prüfungszeitraum 2005 bis 2007 Mieteinnahmen inkl. Betriebskostenersätze von insgesamt rd. 75.000 Euro, denen Ausgaben in Höhe von insgesamt rd. 15.200 Euro gegenüberstehen.

Die Marktgemeinde errichtet 2009 im gemeindeeigenen Haus Marktplatz 3 eine öffentliche Bücherei und WC-Anlage. Es liegt bereits ein aufsichtsbehördlich genehmigter Finanzierungsplan mit Kosten von rd. 440.900 Euro vor.

Waldbesitz

Die Marktgemeinde besitzt mehrere Waldgrundstücke mit einem Gesamtflächenausmaß von 32.829 m². In der Gemeindevorstandssitzung vom 18.05.2006 wurde bereits ausführlich darüber diskutiert, ob es sinnvoll erscheint, dass die Marktgemeinde weiterhin Besitzer von Waldflächen ist. Der Gemeindevorstand hat sich einstimmig für den Verkauf ausgesprochen, wenn ein ortsüblicher und dem Zustand des Waldes entsprechender Preis erzielt werden kann.

Bis zum Zeitpunkt der Gebarungseinschau wurde diese Waldgrundstücke jedoch noch nicht zum Verkauf angeboten.

Feuerwehrwesen

Die den Gemeindehaushalt belastenden Ausgaben für die Freiwillige Feuerwehr Lembach sind in nachstehender Tabelle ersichtlich, wobei allfällige Investitionsausgaben abgezogen wurden:

	2005	2006	2007	Durchschnitt
Aufwand gesamt	10.556	6.228	11.018	9.267
Aufwand je EW (lt. VZ 1.533)	6,89	4,06	7,19	6,05

Bei Umlegung des Gesamtaufwandes auf die Einwohner der Marktgemeinde Lembach i.M. ergibt sich für den Vergleichszeitraum ein durchschnittlicher Wert von 6,05 Euro jährlich. Dieser Durchschnittswert kann im Vergleich zu den anderen Gemeinden des Bezirkes Rohrbach als sehr niedrig bezeichnet werden.

Die Feuerwehrtarifordnung wurde vom Gemeinderat am 23.03.2005 beschlossen, sodass grundsätzlich die Voraussetzung für eine Verrechnung technischer Feuerwehreinsätze gegeben ist. In den Jahren 2005, 2006 und 2007 wurden insgesamt rd. 1.100 Euro aus kostenpflichtigen Einsätzen vereinnahmt.

Die Freiwillige Feuerwehr Lembach verfügt derzeit über ein Tanklöschfahrzeug (TLF Bj. 1995), ein Löschfahrzeug mit Bergegerät (LF-B, Bj. 1984) und einen Kommandobus (Bj. 1993, Kauf 2000 – Umbau von Rettungsfahrzeug).

Im Jahr 2009 ist der Ankauf eines Löschfahrzeuges (LF-A) mit Kosten von 140.400 vorgesehen. Der aufsichtsbehördlich genehmigte Finanzierungsplan sieht einen Anteilsbetrag des ordentlichen Haushaltes von 39.400 Euro sowie je 50.500 Euro Bedarfszuweisungsmittel und Landeszuschuss vor. Die Eigenmittel der Feuerwehr wurden im Finanzierungsplan nicht berücksichtigt; diese sind für die Finanzierung der Pflichtausrüstung (Kosten der Pflichtausrüstung: 35.622 Euro) zu verwenden.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Mit Erlass der Aufsichtsbehörde vom 10. November 2005 wurde den Gemeinden eine Obergrenze von 15 Euro pro Einwohner für Förderungen, Subventionen, Beihilfen usw. vorgegeben. Bei 1.575 Einwohner hätten somit höchstens rd. 23.600 Euro für Freiwillige Ausgaben ohne Sachzwang ausgegeben werden dürfen.

Die Marktgemeinde wurde von der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach in den Prüfberichten zu den Rechnungsabschlüssen 2006 und 2007 darauf hingewiesen, dass die Höchstgrenze für Freiwillige Ausgaben ohne Sachzwang jeweils überschritten wurde. Abzüglich gegenverrechenbarer Einnahmen wurden im Finanzjahr 2006 insgesamt rd. 32.700 Euro bzw. 21,30 Euro je EW ausgegeben. Im Jahr 2007 stiegen diese Ausgaben auf rd. 44.800 Euro bzw. 29,23 je EW an. Verantwortlich für diese Steigerung waren vor allem Erhöhungen bei den Förderungen für energiesparende Maßnahmen mit einer Steigerung um rd. 4.800 Euro und bei den Gewerbe- und Lehrlingsförderungen mit einer Steigerung um rd. 7.400 Euro.

In der Gemeinderatssitzung am 17. September 2008 wurde eine Änderung der Richtlinien beschlossen und einzelne Förderungen (um 20 % bis 50 %) reduziert.

Die Gültigkeitsdauer dieser Richtlinien wurde bis 31. Dezember 2011 festgesetzt.

Durch den oben beschriebenen Gemeinderatsbeschluss wird es sicher zu einer deutlichen Verminderung der Freiwilligen Ausgaben ohne Sachzwang kommen. Ob es dadurch möglich wird, die Obergrenze des „15 Euro Erlasses“ einzuhalten, kann erst bei der Prüfung des Rechnungsabschlusses 2009 beurteilt werden. Dies wird jedenfalls stark von der Anzahl der neu zu gewährenden Förderungen für umweltfreundliche Maßnahmen abhängen.

Versicherungen

Die Marktgemeinde hatte im Jahr 2007 rd. 21.100 Euro an Versicherungsprämien zu leisten. Im Jahr 2003 wurde ein unabhängiges Versicherungsmaklerbüro beauftragt, die bestehenden Versicherungsverträge zu prüfen. Auf Grund von Schätzgutachten eines beeideten Sachverständigen wurden im Jahr 2004 den aktuellen Gegebenheiten angepasste Versicherungsverträge abgeschlossen.

Von der Gemeinde wurde im Jahr 2008 ein unabhängiges Versicherungsmaklerbüro wiederum um Überarbeitung der Verträge ersucht. Bis zur Gebarungseinschau erfolgte dies jedoch noch nicht.

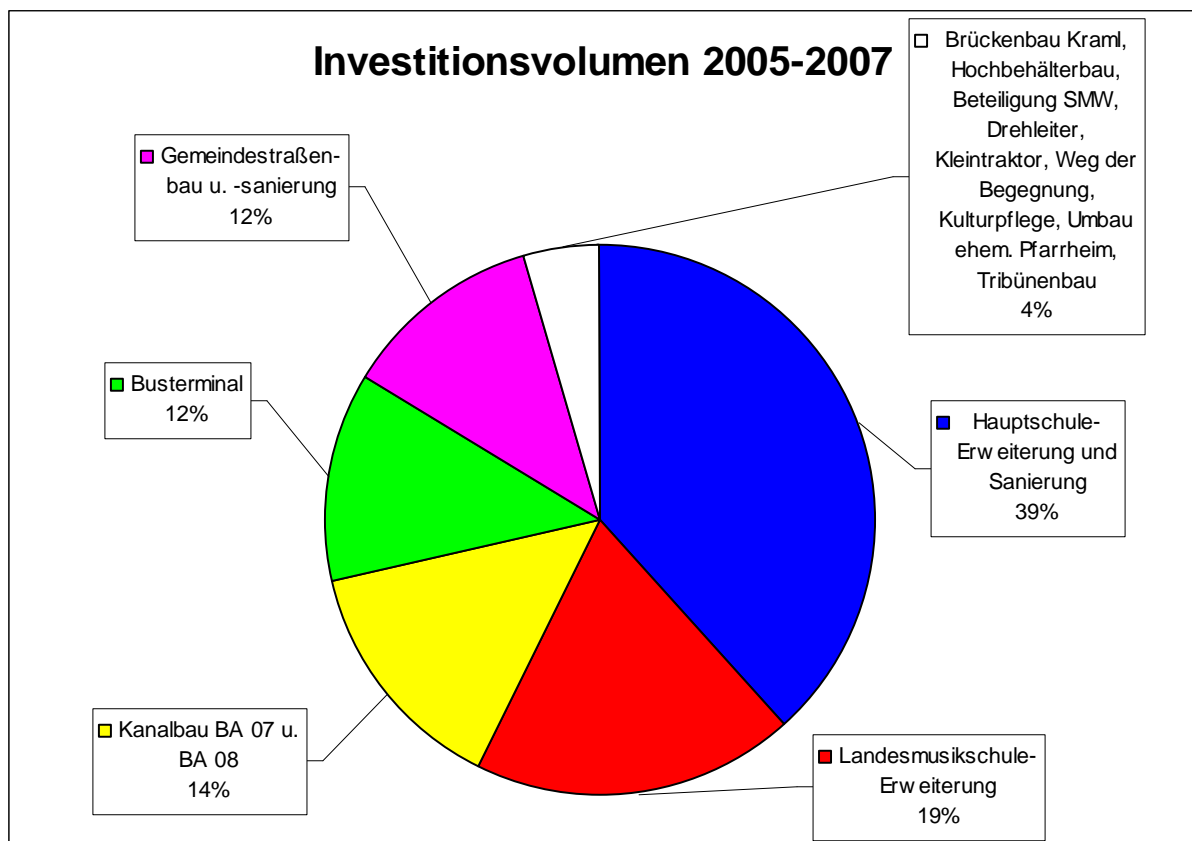
Außerordentlicher Haushalt

Überblick über den a.o. Haushalt des Finanzjahres 2007

Das Investitionsvolumen in den Jahren 2005 bis 2007 betrug insgesamt rd. 3.123.300 Euro. In dieser Summe sind die Vorjahresfehlbeträge mit einem Gesamtbetrag von rd. 210.700 Euro enthalten, sodass sich im genannten Zeitraum in Summe außerordentliche Jahresausgaben in Höhe von rd. 2.912.600 Euro errechnen.

Mit Ausgaben von rd. 1.193.000 Euro stellt die Hauptschülerweiterung und –sanierung den Schwerpunkt der letzten drei abgeschlossenen Jahre dar. Für die Erweiterung der Landesmusikschule (Alfons Dorfner-Halle) wurden zwischen 2005 und 2007 rd. 596.400 Euro aufgewendet. Für Kanalbaumaßnahmen wurden im genannten Zeitraum rd. 436.700 Euro ausgegeben, für das Busterminal sind Ausgaben von rd. 386.800 Euro, für Gemeindestraßenbau und –sanierung rd. 374.200 Euro und für sonstige Vorhaben rd. 112.300 Euro enthalten.

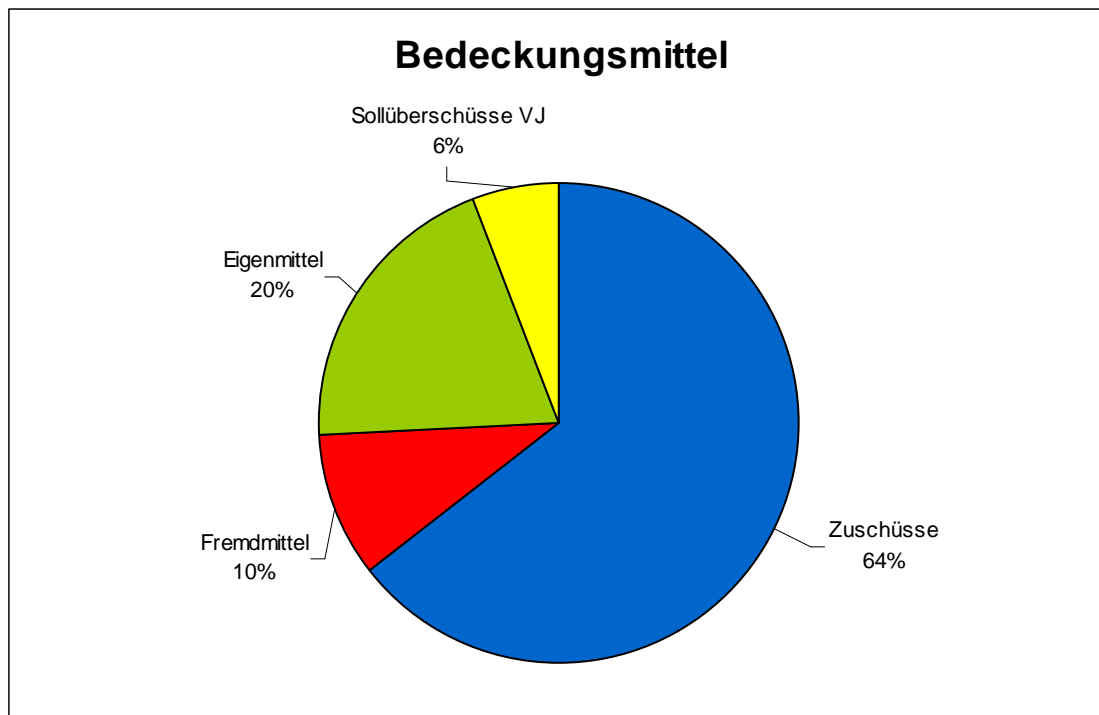
Wird das Investitionsvolumen der Jahre 2005 bis 2007 grafisch dargestellt, ergibt sich folgendes Bild:



Die oben angeführten außerordentlichen Ausgaben wurden folgendermaßen finanziert:

Zuschüsse (BZ, LZ, sonst. Zuschüsse)	1.852.500 Euro
Eigenmittel (Zuführungen aus dem o.H., Anschlussgebühren, Rücklagen) ...	578.300 Euro
Fremdmittel (Darlehen)	284.000 Euro
Sollüberschüsse aus Vorjahren	164.400 Euro
Summe	2.879.200 Euro

Wird die prozentuelle Zusammensetzung dieser Bedeckungsmittel in Diagrammform betrachtet, so ergibt sich folgendes Bild:



Positiv hervorzuheben ist, dass die Marktgemeinde Lembach i.M. nur zur Finanzierung der in den Jahren 2005 bis 2007 durchgeführten Kanalbaumaßnahmen Fremdmittel in Anspruch nehmen musste.

Der hohe Anteil an Zuschüssen (Bedarfszuweisungen und Landeszuschüsse) ist darauf zurückzuführen, dass der Schwerpunkt der Investitionen der vergangenen Jahre auf die Hauptschulerweiterung und –sanierung sowie Landesmusikschule-Erweiterung (Alfons-Dorfner-Halle) gelegt wurde.

Einen Hinweis auf einen noch vergleichsweise leistungsfähigen ordentlichen Haushalt bildet die Tatsache, dass die Marktgemeinde Lembach i.M. in der Lage war, Eigenmittel in Höhe von insgesamt rd. 578.300 Euro (davon echte Anteilsbeträge vom o. Haushalt rd. 362.000 Euro) für außerordentliche Vorhaben in den Jahren 2005 bis 2007 bereitzustellen.

Hauptschule-Erweiterung und Sanierung

In den Jahren 1968 bis 1970 wurde in der Marktgemeinde Lembach i.M. ein neues Hauptschulgebäude und ein Turnsaal errichtet. Ende des Jahres 1996 richtete die Marktgemeinde erstmals an das Amt der Oö. Landesregierung ein Schreiben, dass das Gebäude aus mehreren Gründen dringend einer Generalsanierung unterzogen werden muss und ein Erweiterungsbau erforderlich ist. Der Gesamtkostenrahmen wurde vom Amt der Oö. Landesregierung mit Schreiben vom 17.6.2002 mit 3.373.600 Euro festgelegt. Im Zuge der Sanierungsmaßnahmen hat sich herausgestellt, dass eine Sanierung der Heizzentrale unbedingt erforderlich ist, um eine optimale Wärmeverteilung im Gebäude zu erreichen. Der aufsichtsbehördlich genehmigte Finanzierungsplan sieht auf Grund der Kostenerhöhung nunmehr Gesamtausgaben in Höhe von rd. 3.550.500 Euro vor. Die entsprechenden zusätzlichen Mittel werden im Jahr 2010 gewährt.

Erweiterung Landesmusikschule (Alfons Dorfner-Halle)

Der aufsichtsbehördlich genehmigte Finanzierungsplan sieht Kosten von 1.830.000 Euro vor, die mit je 610.000 Euro Bedarfszuweisungsmittel und Landesmittel, 604.200 Euro Entnahme aus der Sparkassenrücklage und einem Anteilsbetrag vom o. Haushalt von 5.800 Euro finanziert werden.

Bisher wurden Ausgaben in Höhe rd. 1.780.200 Euro getätigt, die mit 593.300 Euro Bedarfszuweisungsmittel, 586.000 Euro Landesmittel, 582.900 Euro Entnahme aus der Sparkassenrücklage und 5.800 Euro Anteilsbetrag o. Haushalt finanziert wurden. Das Projekt wurde um den Zubau eines Schlagwerkraumes erweitert und wird voraussichtlich 2009 endgültig abgeschlossen.

Kanalbau BA 07 und BA 08

Für Kanalbaumaßnahmen hat die Marktgemeinde in den Jahren 2005 bis 2007 insgesamt rd. 436.700 Euro ausgegeben.

Der Bauabschnitt 07 wurde im Jahr 2006 mit Gesamtbaukosten von rd. 201.100 Euro abgeschlossen. Die Kollaudierung dieses Bauabschnittes erfolgte bereits im Jahr 2006.

Mit dem Bauabschnitt 08 wurde im Jahr 2006 begonnen und wird im Jahr 2008 abgeschlossen.

Errichtung Busterminal

Mit der Umsetzung des Regionalverkehrskonzepts für das obere Mühlviertel war auch die Errichtung eines Busterminals in Lembach vorgesehen.

Der aufsichtsbehördlich genehmigte Finanzierungsplan sieht Ausgaben von 479.060 Euro, deren Finanzierung mit 360.050 Euro Landeszuschuss, 55.000 Euro Bedarfszuweisungsmittel sowie 64.010 Euro Anteilsbetrag vom o. Haushalt gesichert ist.

Nach Abschluss der Bauarbeiten belaufen sich die Baukosten nunmehr auf rd. 505.200 Euro. Die Marktgemeinde hat im November 2008 um die Gewährung zusätzlicher Landesmittel ersucht.

Errichtung und Instandhaltung von Gemeindestraßen

In den vergangenen drei Jahren wurden insgesamt rd. 374.200 Euro für umfangreiche Straßenbaumaßnahmen ausgegeben, deren Finanzierung ebenfalls gesichert war. Auch den voraussichtlichen Kosten für die Jahre 2008 bis 2010 in Höhe von 325.500 Euro stehen gleichhohe Einnahmen gegenüber.

Schlussbemerkung

Der Marktgemeinde Lembach i.M. kann eine sparsame und wirtschaftliche Gebarungsführung bescheinigt werden.

Für das positive Klima und die konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Gebarungseinschau wird ein besonderer Dank ausgesprochen.

Die Arbeiten am Gemeindeamt werden im Rahmen einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Gemeinde Hörbich von den Bediensteten mit großer Sorgfalt wahrgenommen.

Die für die Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte wurden gerne gegeben.

In der Schlussbesprechung mit dem Bürgermeister und dem Amtsleiter konnte bezüglich der Prüfungsfeststellungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Rohrbach, am 30. Dezember 2008

Peter Lauß
Gerhard Engleder
Karin Dorfer